

Beschluss des Kooperationsausschusses

Ifd. Nr. 02/2018

Gegenstand	<p>Vereinbarung des Landes Hamburg und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) über die Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18b Abs. 1 Satz 3 SGB II</p> <p>Ziel: Aktivierung von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern</p>
------------	--

Beschlusstext	<p>Der Hamburger Arbeitsmarkt steht nach wie vor solide da. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse liegt dauerhaft über den bundesweiten Zahlen. An einem Teil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II geht jedoch der Beschäftigungsaufschwung ganz vorbei:</p> <p>Von durchschnittlich 135.238¹ erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (JDW September 2017) in Hamburg waren 86.381² Langzeitleistungsbezieher. Die Mehrzahl von ihnen weist komplexe Profillagen auf.</p> <p>Die Partner des gemeinsamen Arbeitsmarktprogramms stimmen darin überein, dass grundsätzlich auch Langzeitleistungsbeziehern im Rechtskreis des SGB II der Zugang zu den anspruchsvollen Maßnahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung gemäß §§ 81ff SGB III offenstehen soll, wenn - etwa durch eine vorgeschaltete Maßnahme gemäß § 45 SGB III - festgestellt wird, dass die Weiterbildung notwendig und geeignet ist, um sie nachhaltig beruflich einzugliedern.</p> <ul style="list-style-type: none">• Zur Unterstützung der Zielgruppe werden Beratungsträger zur Begleitung/Beratung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen, um den Maßnahmeerfolg zu sichern. Der mit dem Konzept des Sozialen Arbeitsmarktes im gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm eingeschlagene Weg wird fortgesetzt.
---------------	---

¹ Quelle: Statistik der BA, Datenstand: September 2017

² Quelle: Statistik der BA, Datenstand: September 2017

- Gestützt auf die Instrumente der Arbeitsgelegenheiten (AGH) und der Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV), flankiert durch das Programm der Sozialbetreuer der HAB, dem ESF-Projekt „ZAG“ Zuschuss für Anleitung und Qualifizierung sowie einer seit Dezember 2014 erfolgenden Gesundheitsberatung wurden Beschäftigungsmöglichkeiten für schwer vermittelbare Arbeitslose mit dem Ziel geschaffen, diese über einen längeren Zeitraum wieder so weit zu stabilisieren und an die Anforderungen der Arbeitswelt heranzuführen, dass sie eine realistische Chance auf Eingliederung haben.

Die Verknüpfung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mit kommunalen Eingliederungsleistungen gemäß § 16a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) - insbesondere der psychosozialen Betreuung - wird verbessert.

Zunächst soll vorrangig die Prozessqualität der verbesserten Zusammenarbeit im Bereich der psychosozialen Betreuung – sowohl im Hinblick auf die Hinführung/Zuweisung als auch auf die Rückführung/den Anschluss weiterer Maßnahmen bzw. Verbleib nach Maßnahmeende – beobachtet werden. Die Einzelheiten werden vor Ort in der lokalen Zielvereinbarung und einer Kooperationsvereinbarung niedergelegt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die BASFI vereinbaren als Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf Landesebene nach § 18b Absatz 1 Satz 3 SGB II für das Jahr 2018, dass die Aktivierungsquote von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern weiter in ihrem Verlauf beobachtet und analysiert werden. Das Instrument der Förderung der beruflichen Weiterbildung ist dabei - soweit die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen - vermehrt zugunsten von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern einzusetzen.

Die Regionaldirektion Nord wird durch das BMAS über diesen Beschluss informiert und gebeten, diesen Schwerpunkt bei der Umsetzung der Grundsicherung auf Landesebene zu berücksichtigen.

	<p>Der Kooperationsausschuss wird sich gemäß § 18b Abs. 1 SGB II mindestens zu folgenden Terminen unterrichten lassen:</p> <ul style="list-style-type: none">• 14 Tage vor der Sitzung des Kooperationsausschusses zur Entwicklung in der gemeinsamen Einrichtung und insbesondere zu ausgewählten erfolgreichen Maßnahmen und Steuerungsaktivitäten.
--	---

Berlin, 19.10.2017 

Ort, Datum **Dr. Langer**
Vertreterin des BMAS

Berlin, 19.10.2017 

Ort, Datum **Lotzkat**
Vertreterin der BASFI